

**Beirat für
Wirtschafts- und Sozialfragen**

**UNTERSUCHUNG ÜBER DIE
PREIS- UND
EINKOMMENSENTWICKLUNG**

WIEN 1964

BEIRAT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFRAGEN

Mitglieder

Wilhelm Hrdlitschka
Rudolf Karall
Heinz Kienzl
Herbert Kinzel
Kunata Kottulinsky
Eduard März
Romuald Riedl
Wolfgang Schmitz
Rudolf Schubert
Josef Staribacher
Franz Stummer
Gerhard Weissenberg

Geschäftsführer

Norbert Bischof
Philipp Rieger

VORWORT

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission als ersten Bericht eine „Untersuchung über die Preis- und Einkommensentwicklung in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen“ vorgelegt. Der Gesamtbericht wurde am 27. Februar 1963 fertiggestellt, von der Paritätischen Kommission am 4. März zur Kenntnis genommen und an die österreichische Bundesregierung weitergeleitet.

Im Interesse einer Versachlichung der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion in Österreich legt der Beirat diesen Bericht der Öffentlichkeit vor.

Dr. Wolfgang Schmitz
Vorsitzender

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. PREISENTWICKLUNG	5
Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen	6
Entwicklung der Verbraucherpreise	9
Großhandels- und Außenhandelspreise	11
II. ENTWICKLUNG DER LOHN- UND NICHT-LOHN- EINKOMMEN	14
Die Entwicklung der Nominaleinkommen.....	14
Die Entwicklung der Realeinkommen	19
Entwicklung der Löhne	21
Transfereinkommen	22
Zusammenfassung	23
Statistischer Anhang	25
Tabelle 1 Preisindizes des Brutto-Nationalproduktes	25
Tabelle 2 Preisentwicklung in der Industrie	26
Tabelle 3 Verbraucherpreisindex I Österreich	27
Tabelle 4 Entwicklung der Löhne 1953—1962	28
Tabelle 5 Zeitliche Entwicklung der Transfereinkommen	29
Diagramm: Produktivität und Realverdienste in der Industrie	30

I. Preisentwicklung

In der folgenden Darstellung wird versucht, einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Preise und Einkommen in den letzten Jahren zu geben. In der Analyse werden die in Österreich verfügbaren Lohn- und Preisstatistiken herangezogen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Entwicklung der *Verbraucherpreise* gelegt. Es erscheint überdies zweckmäßig, gemeinsam mit der Preisentwicklung auch die Entwicklung der Löhne und Nicht-Lohn-Einkommen zu betrachten, da

1. deren Entwicklung ebenfalls einen wesentlichen Faktor für die Beurteilung der Wirtschaftssituation und für eine Analyse der Ursachen der steten Geldentwertung darstellt und
2. erst aus einem Vergleich der Veränderung der Nominaleinkommen mit der Veränderung des Preisniveaus klare Vorstellungen über die tatsächliche Entwicklung der *Realeinkommen* resultieren.

Statistische Aufzeichnungen über die Preisentwicklung beschränken sich in Österreich auf eine Repräsentativ-Erhebung wichtiger *Verbraucherpreise*, auf *Großhandelspreise* ausgewählter Nahrungsmittel und Industriestoffe sowie auf die Baukosten einer Wohnung in Wien. Die darauf basierenden Indizes sind jedoch von recht unterschiedlicher Qualität.

Die Preise von *Industriegütern* ab Werk werden nicht erhoben, ebensowenig die *Preise im Außenhandel*. Als Hilfsmittel zur Beurteilung der Preisbewegung dieser wichtigen Gütergruppen werden ziemlich kursorische Berechnungen erstellt. Dazu verwendet man in dem einen Fall die Bruttoproduktionswerte und Mengen der Industriestatistik, im anderen Daten der Außenhandelsstatistik. Bei der verwendeten Methode werden weder *quantitative* noch *qualitative Veränderungen* genügend berücksichtigt.

Der Zustand der *Einkommensstatistik* in Österreich ist ebenfalls unbefriedigend. Während man sich auf Grund der vorhandenen Teilstatistiken ein halbwegs realistisches Bild der Lohnentwicklung in

wichtigen Bereichen machen kann, ist man auf dem Gebiet der Nicht-Lohn-Einkommen auf recht globale Schätzungen angewiesen.

Eine Modernisierung der Preis- und Einkommensstatistik und die Schließung der wichtigsten Informationslücken ist ein dringliches Anliegen des Beirates an die amtliche Statistik und würde die Erfüllung der Aufgaben der Paritätischen Kommission überhaupt sehr erleichtern.

Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen

Bei der Berechnung des österreichischen Nationalproduktes zu laufenden und konstanten Preisen werden verschiedene Preisindizes verwendet. Die Übersicht (Tabelle 1, Anhang) über die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendeten Indizes bringt die unterschiedliche Preisentwicklung bei den von den einzelnen Wirtschaftssektoren bereitgestellten Waren und Dienstleistungen zum Ausdruck. Sie gestattet einen Einblick in die längerfristige Entwicklung. Bis 1960 handelt es sich um endgültige Zahlen der Volkseinkommensrechnung, deren Revision im Vorjahr abgeschlossen wurde; für die Jahre 1961 und 1962 um vorläufige Berechnungen.

Die Betrachtung der einzelnen Wirtschaftssektoren zeigt recht unterschiedliche Preistendenzen: Der globale *Preisindex der Agrarproduktion*, der aus der Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft errechnet wird, weist eine unterdurchschnittliche Steigerung auf. Sie ist weit geringer als die des Teilindex für Ernährung im Verbraucherpreisindex. Diese Differenz erklärt sich aus der zunehmenden industriellen Veredelung der Nahrungsmittel und den steigenden Verteilungskosten.

Die Preise der *industriell* gefertigten Güter zeigen die geringste Steigerung (+18% von 1953 bis 1962). Die aus Tabelle 1 ersichtlichen Steigerungsraten der Preise des Gewerbes beruhen auf sehr mangelhaften statistischen Unterlagen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind die *Abgabepreise der Industrie*¹⁾ in den Jahren 1956 bis 1962 (für 1963 sind noch keine

¹⁾ Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung errechnete einen Index der Preisentwicklung in den wichtigsten Industriezweigen auf Grund folgender Formel:

$$\frac{\text{Bruttoproduktionswert der im Produktionsindex einer Branche enthaltenen Waren}}{\text{Bruttoproduktion der im Produktionsindex der Branche enthaltenen Waren zum Preise des Basisjahres}}$$

Unterlagen verfügbar) verhältnismäßig wenig gestiegen (7'50/o). Wie aus Tabelle 2 (Anhang) ersichtlich ist, liegen einzelne Industrien erheblich über, andere erheblich unter dem Durchschnittswert. Diese Indizes sind aber vor allem mangels genügender Kenntnis der jeweiligen *Warenzusammensetzung* nur mit Vorbehalt zu verwenden. Die Dringlichkeit einer Verbesserung dieser Statistik sei hiemit besonders unterstrichen.

Der Preisindex des gesamten Sozialproduktes steigt tendentiell stärker als der Verbraucherpreisindex. In der Dekade 1953—1962 erhöhte sich ersterer um 34'70/o verglichen mit einer Verbraucherpreissteigerung von 25'90/o. Aus diesem Vergleich werden die stärksten Auftriebstendenzen bei den Investitionsgütern ersichtlich.

Die starken Preissteigerungen des *Bausektors* dürften primär aus einer zeitweise *zu großen Nachfrage* zu erklären sein. Überdies dürfte es infolge mangelhafter Koordinierung der Bauaufträge immer wieder zu vermeidbaren Engpässen kommen, die ihrerseits *kosteninflationistische Auftriebstendenzen* begünstigen. Obwohl der Aussagewert des geographisch auf Wien und sachlich auf den Bau einer Standardwohnung abgestellten Baukostenindex beschränkt ist, dürften seine alle anderen Preisindizes übersteigenden Steigerungsraten ein annäherndes Bild der Preisverhältnisse in diesem wichtigen Wirtschaftssektor vermitteln.

Baukosten für Wien (Steigerung in Prozent)

	1953/62	1958/62	1962/63
Baustoffe	+23'3	+ 9'0	+3'6
Arbeitskosten	+71'0	+18'5	+5'9
Gesamte Baukosten	+43'9	+18'5	+5'9

Die Arbeitskosten sind also stärker gestiegen als die Preise der Baustoffe. Im Hinblick auf die zentrale Bedeutung der Bauwirtschaft für die Stabilisierung des Geldwertes und die zeitgerechte Durchführung öffentlicher und privater Investitionen sollte eine gründliche Untersuchung dieses Wirtschaftszweiges vorgenommen werden, die sich auf die Struktur und Kapazität des Baugewerbes, das System der Auftragvergebung, die quantitative und qualitative Zusammensetzung und Auslastung des Arbeitskräftepotentials erstrecken müßte, um Grundlagen für eine bessere Anpassung dieses Wirtschaftszweiges an die langfristig zu erwartende Nachfrage zu geben.

Eine Rationalisierung der Wirtschaftspolitik auf diesem Sektor setzt eine verlässliche und modernen Ansprüchen genügende *Bauwirtschaftsstatistik* voraus. Als erster Schritt dazu sollte unverzüglich ein gesamtösterreichischer *Baukostenindex* erstellt werden, der neben Wohnbauten auch die Kosten des Industrie-, Straßen- und Kraftwerkbaues erfassen müßte.

Vom *Baugewerbe* abgesehen sind die Preissteigerungen im *Dienstleistungssektor* (Handel, Verkehr, Wohnungserhaltung und Reinigung, Bildung, Unterricht, Erholung usw.) am stärksten. Dies deshalb, weil hier die Rationalisierungsmöglichkeiten geringer sind als im Produktionssektor und weil im Zuge des steigenden Wohlstandes die Nachfrage nach Dienstleistungen überproportional steigt. Im großen und ganzen spiegeln sich diese unterschiedlichen Preisauftriebstendenzen auch in der relativen Bewegung der einzelnen Ausgabengruppen des Verbraucherpreisindex wider.

Einen gewissen Hinweis auf eine wesentliche Ursache des Preisauftriebes gibt innerhalb des Dienstleistungssektors eine Darstellung der unverhältnismäßig stark steigenden *Verteilungskosten*. Die in der Volkseinkommensrechnung ausgewiesene Wertschöpfung des Handels illustriert die Entwicklung der Verteilungskosten. Die Vergrößerung des Anteils des Handels an der gesamten Wertschöpfung (1950: 10·4%, 1962: 12·8%) zeigt — grob gesprochen — das Zurückbleiben der Produktivität der Verteilung gegenüber jener der Produktion.

In vier von fünf Jahren der Periode 1958—1962 waren die Steigerungsraten der Verteilungskosten merklich größer als die Zuwachsraten des Nationalproduktes. Eine besondere Diskrepanz ergab sich 1962, als das gesamte Bruttonationalprodukt um nur 2·3%, der Anteil des Handels gegenüber 1961 jedoch um 10·5% zunahm.

Dieses auch im Ausland bekannte Phänomen erklärt sich teilweise aus der mit der gegebenen Struktur verbundenen Arbeitsintensität und Kapitalarmut sowie aus den geringeren Rationalisierungsmöglichkeiten; außerdem ist die stark steigende Nachfrage nach konsumreife Gütern zu berücksichtigen.

*Zuwachsraten des Bruttonationalproduktes und des Handelsanteiles
(in Prozent gegenüber dem Vorjahr)*

	Bruttonationalprodukt	hievon Handel
1958	+3·6	+ 2·5
1959	+2·4	+ 3·9
1960	+9·0	+11·2
1961	+5·2	+10·7
1962	+2·3	+10·5

Entwicklung der Verbraucherpreise

Ein Vergleich der Zuwachsraten des Bruttonationalproduktes zu konstanten Preisen und des Verbraucherpreisindex I während der letzten Jahre zeigt die bemerkenswerte Tatsache, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen der Abnahme der Zuwachsraten des Bruttonationalproduktes und der Zunahme der Geldentwertung besteht. Offenbar gelingt es nur in Zeiten starken Wachstums, die Inflationstendenzen einigermaßen aufzufangen.

	Bruttonationalprodukt ¹⁾	Verbraucherpreisindex
	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in Prozent	
1958	+3'6	+2'2
1959	+2'4	+2'2
1960	+9'0	+1'9
1961	+5'2	+3'6
1962	+2'3	+4'4
1963	+4'4	+2'7

¹⁾ Real, berechnet zu Preisen 1954.

Wenngleich der Preisauftrieb im Jahre 1963 gegenüber den beiden Vorjahren eine gewisse Milderung erfuhr, muß jede Teuerungsrate, die über den langjährigen Durchschnitt von etwa 2% hinausgeht, als recht bedenklich gewertet werden. *Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise und Erhaltung der Kaufkraft* bleiben nach wie vor höchst dringlich.

Einfluß der Saisonprodukte

Im Hinblick auf das große Gewicht von *Saisonprodukten* (Obst, Gemüse, Erdäpfel, Eier) im Schema des Verbraucherpreisindex und der durch saisonale Einflüsse hervorgerufenen Preisschwankungen dieser Produkte, empfiehlt sich zur konjunkturpolitischen Beurteilung eher die Verwendung der *Verbraucherpreisindizes ohne Saisonprodukte*.

Die jährlichen Steigerungsraten des Verbraucherpreisindex weichen in einzelnen Jahren um mehr als 1% ab, je nachdem die Saisonprodukte berücksichtigt oder weggelassen wurden.

In den vergangenen drei Jahren war die Bewegung des Verbraucherpreisindex I *mit* und *ohne* Saisonprodukte recht unterschiedlich. Die verschiedenen Ernteeinflüsse und die davon abhängige Angebots-

situation wirkten sich dahingehend aus, daß im Jahre 1961 der Index *ohne* Saisonprodukte beträchtlich stärker stieg (+4'2% gegen 3'6%) im Jahre 1962 jedoch der Index *mit* Saisonprodukten die weit größere Ausweitung erfuhr (+4'4% gegen +2'8%) und letztlich 1963 beide Indizes im Jahresdurchschnitt ungefähr dieselbe Erhöhung erfuhren (+2'7% *mit* und +2'8% *ohne* Saisonprodukte). Schwache Obst- und Gemüseangebote des Jahres 1962 hatten zur Folge, daß der Verbraucherpreisindex inklusive der Saisonprodukte den oben erwähnten bedeutend stärkeren Auftrieb verzeichnete als der Index ohne Saisonprodukte. Im Verlauf des Jahres 1963 zeigten die beiden Indizes folgende Entwicklung: Im Dezember 1962 standen die Indizes fast gleich hoch (*mit* Saisonprodukten 110'9 und *ohne* Saisonprodukte 110'7). Während der Index einschließlich der Saisonprodukte bereits im Juni mit 116'7 Punkten den Höhepunkt erreichte, dann bis Oktober auf 113'9 abfiel, um bis Dezember 1963 auf 115'6 anzusteigen, verzeichnete der Index ohne Saisonprodukte während des ganzen Jahres eine kontinuierliche Steigerung auf 116'4 Punkte im Dezember 1963. Der Abstand des Index ohne Saisonprodukte belief sich zum Jahresende auf +5'1% gegenüber Dezember 1962, verglichen mit einem Abstand von 4'2% des gesamten Verbraucherpreisindex.

Eine regelmäßige und ausreichende Versorgung der inländischen Märkte mit Agrarprodukten hat einen nicht unwesentlichen Einfluß auf den Ausgleich der saisonalen Preisschwankungen.

Die Gesamtbewegung der Verbraucherpreisindizes vermittelt einen allgemeinen Eindruck über die Erhöhung des Preisniveaus. Sie wird vor allem für die Beurteilung der Kaufkraft der Masseneinkommen und der Stabilität des Geldwertes herangezogen.

Veränderungen der Einzelpreise und Gruppenindizes

Darüber hinaus ist die unterschiedliche Preisentwicklung der im Indexschema enthaltenen Waren und Dienstleistungen von großem Interesse, da sich daraus mögliche Anhaltspunkte für eine Stabilisierungspolitik ergeben können.

Laut einer Gliederung des Wirtschaftsforschungsinstitutes von 155 im Verbraucherpreisindex enthaltenen Waren (ohne Saisonprodukte) nach der Höhe der Preisveränderungen seit 1958 ergab sich im September 1963 folgende Verteilung, welche zeigt, daß die Veränderungen des Preisniveaus aus sehr unterschiedlichen Veränderungen der Einzelpreise resultieren.

Prozent der Waren	Preiserhöhung in Prozent
24	0 — 7'5
26	7'5—15'0
24	15 —22'5
16	über 22'5

Bei 10% aller Waren konnten Preisrückgänge festgestellt werden.

Tabelle 3 (Anhang) gibt einen Überblick über die Preisentwicklung der einzelnen Gruppenindizes des Verbraucherpreisindex I.

Seit 1958 sind die Kosten für Beleuchtung und Beheizung mit +6'5% am wenigsten gestiegen.

Die stärkste Zunahme trat beim Wohnaufwand (+23'8%) ein. Dieser enthält nicht allein die Miete, sondern auch gewisse Erhaltungskosten (Maler, Installateur) sowie die Betriebskosten der Hausinhabung (Städtische Gebühren, Steuern usw.). Eine beachtliche Steigerung trat auch bei den Verkehrsausgaben ein (+21'3%); die Verkehrstarife waren allerdings unter dem Einfluß der amtlichen Preisregelung stark zurückgeblieben (vergleiche außerdem, was auf Seite 8 zum Dienstleistungssektor ausgeführt wurde). Der Index der Ernährungsausgaben nahm im Ausmaß des Gesamtindex zu.

Im vergangenen Jahr fallen vor allem die Erhöhung von Ausgaben für „Bildung, Unterricht, Erholung“, „Alkohol und Tabak“, „Wohnung“, „Reinigung von Wohnung und Bekleidung“ auf.

Außer diesen Gruppen haben, wie das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung feststellt, die Erhöhungen preis geregelter Nahrungsmittel 0'7% zur Erhöhung des Gesamtindex beigetragen. Der psychologische Effekt derart geraffter Preiserhöhungen darf nicht übersehen werden.

Großhandels- und Außenhandelspreise

Der Index der Großhandelspreise zeigte gegenüber 1962 eine leicht fallende Tendenz. Allerdings ist der Aussagewert dieses Index, der neben Nahrungsmitteln nur Rohstoffe erfaßt, in seiner heutigen Form nur beschränkt. Vor allem sollte er in der Weise reformiert werden, daß er u. a. durch Einbeziehung wichtiger Gütergruppen (z. B. dauerhafte Konsumgüter) auch mit dem Verbraucherpreisindex verglichen werden könnte.

Die Bewegung des Großhandelsteilindex für Industriestoffe läuft längerfristig etwa seit 1956 mit der Steigerung der Industrieabgabepreise parallel (+7'5% in beiden Fällen). Von Jahr zu Jahr zeigen sich allerdings erhebliche Abweichungen beider Indexreihen vonein-

ander. Der Großhandelspreisindex für Nahrungsmittel steigt langfristig weniger stark als der Gruppenindex für Ernährung im Verbraucherpreisindex I.

Indizes der Preise im Außenhandel

	Einfuhr	Ausfuhr	Austausch- verhältnis ¹⁾
1953	115	97	84
1955	108	98	91
1957	113	101	89
1959	102	97	95
1960	104	100	95
1961	100	100	100
1962	96	98	103

¹⁾ Ausführpreisindex dividiert durch Einfuhrpreisindex (Terms of Trade).

Eine Aufgliederung der Preise im Außenhandel wird von der offiziellen Statistik nicht durchgeführt. Da die Importpreise im letzten Jahrzehnt im Durchschnitt sanken, sind davon offenbar keine generellen Preisauftriebstendenzen ausgegangen; hingegen förderten die Zahlungsbilanzüberschüsse die Preisauftriebstendenzen.

Die im Jahre 1963 (9 Monate) in den OECD-Ländern beobachteten Preissteigerungen lassen es jedoch als wahrscheinlich erscheinen, daß diese nicht ohne Auswirkungen auf die österreichischen Einfuhren blieben. Allerdings ist leider auch hier keine eindeutige Aussage möglich, da der Index der Importpreise seit 1961 nicht mehr monatlich berechnet wird.

Unter der Annahme, daß die Entwicklung der Verbraucherpreise verschiedener Länder deren Inflationsraten im allgemeinen richtig widerspiegeln, dürfte sich die Lage Österreichs im Verhältnis zu seinen wichtigsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt im vergangenen Jahr *nicht unerheblich verbessert haben*. In der Periode 1953—1962 lag Österreich unter 21 OECD-Ländern, was die Rate seiner Geldentwertung anlangt, an 10. Stelle. Im Jahr 1962 verschlechterte sich seine Position infolge des starken Preisauftriebes von 4'4% und es fiel auf den 13. Platz zurück. Auf Grund der statistischen Unterlagen für die ersten 9 Monate des Vorjahres konnte Österreich seine relative Lage erheblich verbessern und auf den 7. Platz vorrücken. Erheblich stärkere Inflationsraten hatten im vergangenen Jahr die Schweiz (+3'4%), Westdeutschland (+3'6%), Holland (+4'8%), Frankreich (+5'5%) und Italien (+7'6%) aufzuweisen. Die Belebung des österreichischen Exports in den letzten Monaten wurde zweifellos durch die relative Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit dieser wichtigen Industrieländer erleichtert.

Zusammenfassend sei festgehalten, daß — gemessen am Verbraucherpreisindex für durchschnittliche städtische Arbeitnehmerhaushalte — die Geldentwertung in der Zeit von 1958 bis 1962 jährlich 2·7% betrug. Dies ist jedoch ein Durchschnittswert. Die Steigerung war mit 1·1% im Jahre 1959 am geringsten, mit 4·4% im Jahre 1962 am stärksten (vergleiche *Monatsberichte* des Instituts für Wirtschaftsforschung, Oktober 1963, „Die Entwicklung der Verbraucherpreise seit 1958“).

Der Wechsel von Perioden mäßiger und starker Preissteigerungen hängt nur teilweise mit der Konjunktur zusammen. *Er wird zu einem namhaften Teil dadurch verursacht, daß die von Behörden geregelten Preise nur in größeren Zeitabständen — dann aber in größeren Sprüngen — den steigenden Kosten angepaßt werden.*

Für die Interpretation des Gesamtindex wichtig ist die Unterscheidung in kontinuierlich sich verändernde (steigend oder sinkend), saison- und erntebedingt fluktuierende und starre Preise.

II. Entwicklung der Lohn- und Nicht-Lohn-Einkommen

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen stützte sich bei der Untersuchung über die Einkommensentwicklung (1950—1960)¹⁾ weitgehend auf die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt erstellt wird. Die Interpretation dieser Ergebnisse durch den Beirat ist allerdings nicht notwendigerweise immer identisch mit den Schlußfolgerungen, zu denen die beiden genannten Institutionen gelangt sind. (Siehe die Veröffentlichungen „Österreichs Volkseinkommen 1950 bis 1960, Neuberechnung“, herausgegeben vom Österreichischen Statistischen Zentralamt und vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1963, sowie „Zur Verteilung des Volkseinkommens“, *Monatsberichte* des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Jänner 1964.)

In der vorliegenden Studie soll an Hand des verfügbaren statistischen Materials die Entwicklung der *Leistungseinkommen* in Österreich dargestellt werden. Ein kurzer Überblick über die *Transfereinkommen*²⁾ ist angeschlossen.

Die österreichischen Statistiken vermitteln im allgemeinen nur sehr globale und für eine eingehendere Analyse unbefriedigende Einblicke in die Einkommensentwicklung. Die Lohn-Einkommen sind statistisch relativ genau erfaßbar. Bei Aussagen über die Entwicklung der Nicht-Lohn-Einkommen ist man dagegen auf die Schätzungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angewiesen. In der Neuberechnung des österreichischen Volkseinkommens für die Jahre 1950 bis 1960 ist nun erstmals eine grobe Untergliederung dieser Einkommensgruppen vorgenommen worden, wodurch eine bessere Beurteilung ihrer Struktur möglich wurde.

Die Entwicklung der Nominaleinkommen

In der Dekade 1950 bis 1960 erhöhte sich die *Lohnquote*, d. h. der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, von 55'3% auf 59'6%. Zwischen den Zählungsjahren 1951 und 1961 nahm jedoch auch die Zahl der unselbständigen Berufstätigen um rund

¹⁾ Für die Jahre 1961—1963 liegt noch keine Aufgliederung der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit vor.

²⁾ Bei den Transfereinkommen handelt es sich um Einkommen, die als Pensionen, Renten oder Beihilfen von öffentlichen an private Haushalte ohne unmittelbare Gegenleistung bezahlt werden.

220.000 (+10⁰/o) zu. Ihr Anteil an allen Berufstätigen stieg somit von 64'7⁰/o auf 70'9⁰/o, während sich die Zahl der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen um ca. 200.000 (—17⁰/o) verringerte. Bei Berücksichtigung dieser Umschichtungen von den Selbständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) zu den Unselbständigen hat sich das *Pro-Kopf-Einkommen* aus unselbständiger Tätigkeit *nominell* weniger stark erhöht (+171⁰/o) als das gesamte Volkseinkommen je Erwerbstätigen (+188⁰/o).

Die folgende Tabelle zeigt die nominellen — d. h. zu laufenden Preisen berechneten — Steigerungen der Pro-Kopf-Einkommen in den verschiedenen Kategorien der Volkseinkommensrechnung für die Zeit von 1950 bis 1960.

Entwicklung der Einkommen 1950—1960¹⁾
(in Prozent)

	nominell	Zunahme in % pro Jahr
Einkommen aus Besitz	+ 705	23'2
Unverteilte Gewinne	+ 248	13'3
<i>Pro-Kopf-Einkommen:</i>		
Volkseinkommen pro Erwerbstätigen ..	+ 188 ²⁾	11'2
Volkseinkommen pro Erwerbstätigen ³⁾ ..	+ 177 ³⁾	10'7
Einkommen aus selbständiger Tätigkeit		
insgesamt {	+ 185 ³⁾	11'0
{	+ 195 ⁴⁾	11'4
{	+ 199 ⁵⁾	11'6
aus Landwirtschaft	+ 127	8'5
aus Gewerbebetrieb	+ 164	10'2
aus freiberuflicher Tätigkeit	+ 229	12'6
Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit	+ 171	10'5
Löhne	+ 159	10'0
Gehälter	+ 175	10'6

¹⁾ Es sei darauf hingewiesen, daß die Wahl jedes Basisjahres in gewissem Sinne problematisch ist und in einer dynamischen Wirtschaft kein Jahr als Norm betrachtet werden kann.

²⁾ Einschließlich Kapitalgesellschaften (unverteilte Gewinne) und Besitzeinkommen der öffentlichen Hand minus Zinsen für Staatsschuld.

³⁾ Ohne Besitzeinkommen und ohne unverteilte Gewinne.

⁴⁾ Einschließlich Besitzeinkommen, ohne unverteilte Gewinne.

⁵⁾ Einschließlich des Besitzeinkommens und 1/3 der unverteiltten Gewinne. Diese Einkommen wurden der Einfachheit halber zur Gänze den Selbständigen zugerechnet, obwohl sie zu einem geringeren Teil auch Unselbständigen zufließen.

Nimmt man die Steigerung des Volkseinkommens pro Erwerbstätigen um 188% als Orientierungsgröße, dann zeigt sich, daß die *nominellen* Pro-Kopf-Einkommen aus Löhnen und Gehältern mit 171% unterdurchschnittlich gestiegen sind. Die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit ohne Besitzeinkommen erhöhten sich dagegen so wie die aus unselbständiger Tätigkeit ebenfalls *unterdurchschnittlich* (+185%). Die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit sind nominell überdurchschnittlich (195%) gestiegen, wenn man die Besitzeinkommen zur Gänze den Selbständigen zurechnet, obwohl sie zu einem, allerdings wesentlich kleineren Teil, auch Unselbständigen zufließen.

Die sogenannte *funktionelle* Einkommensverteilung, d. h. die Verteilung des Volkseinkommens nach Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit, deckt sich nicht mit der *personellen* Einkommensverteilung, da ein Teil der Einkommensbezieher Einkommen aus verschiedenen Quellen hat. So haben z. B. hauptberufliche Landwirte mitunter gewerbliche Nebeneinkommen (Gastwirtschaft, Fremdenverkehr, Fuhrdienste) und umgekehrt (z. B. Fleischhauerei mit landwirtschaftlichem Nebenbetrieb). Auch manche Arbeitnehmer beziehen neben ihrem Lohn gewisse Besitzeinkommen, z. B. Zinsen von Spareinlagen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung u. ä.; in der Einkommensteuerstatistik 1959 sind rund 72.000 solcher Fälle bei insgesamt 2,3 Millionen unselbständig Erwerbstätigen im gleichen Jahr angegeben. Es gibt keine genaue statistische Durchleuchtung der personellen Einkommensverteilung.

In der Periode von 1955 bis 1960 hat sich das nominelle Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Arbeit etwa parallel mit dem Pro-Kopf-Einkommen je Erwerbstätigen (ohne Einbeziehung der unverteilter Gewinne, der Erträge der öffentlichen Hand aus Besitz und Unternehmung sowie ohne Vermögensbesitz) entwickelt. Für die Zeit von 1950 bis 1955 ist eine diesbezügliche Aussage schwierig, weil damals zwar die Löhne der USIA-Arbeiter, aber nicht die Gewinne der USIA-Unternehmungen in der Volkseinkommensrechnung enthalten waren.

Insgesamt zeigt sich für die Zeit von 1950 bis 1960 ein Rückstand der *nominellen* Einkommen aus unselbständiger Arbeit von insgesamt 6% gegenüber der Steigerung des Volkseinkommens pro Erwerbstätigen, der sich zum Teil aus *konjunkturellen Phasenverschiebungen* ergeben dürfte (stärkere Steigerung der Gewinne im Konjunkturaufschwung und stärkere Steigerung der Löhne in der abklingenden Phase der Konjunktur).

Die Divergenz in der Zunahme der Pro-Kopf-Einkommen der Angestellten mit 175% und der Arbeiter mit 159% erklärt sich aus der starken Einkommenssteigerung hochqualifizierter Arbeitnehmer [Manager¹⁾, Spezialisten usw.], der Übernahme von gewissen höher entlohten Facharbeitern in das Angestelltenverhältnis sowie aus dem steigenden Anteil der Angestellten, deren Durchschnittseinkommen in der Regel über jenem der Arbeiter liegt.

Bei einem Vergleich der Entwicklung der verschiedenen Einkommenskategorien aus selbständiger Arbeit in der Zeit von 1950 bis 1960 fällt der beachtliche Unterschied in den Steigerungsraten auf.

Die reinen Besitzeinkommen aus Vermietung, Verpachtung und Dividenden stiegen um 705% oder 23'5% jährlich. Diese Zunahme „erklärt sich hauptsächlich daraus, daß diese Einkommen im Krieg und unmittelbar nachher besonders stark an Bedeutung verloren hatten. Trotz dem Aufholen in den fünfziger Jahren spielt diese Einkommenskategorie nach wie vor eine viel geringere Rolle als in den meisten anderen westeuropäischen Volkswirtschaften“ (Institut für Wirtschaftsforschung). Der Anteil dieser Einkommenskategorie am gesamten Volkseinkommen betrug 1960 ca. 1'5%. Die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften erhöhten sich um 248% oder 13'3% jährlich. Diese Gewinne fallen zum *größten* Teil bei verstaatlichten oder im Eigentum der verstaatlichten Großbanken befindlichen Unternehmungen sowie bei ausländischen Gesellschaften an. Nur etwa ein Sechstel dieses Vermögenszuwachses kann nach Schätzung des Instituts für Wirtschaftsforschung inländischen Privatpersonen zugeordnet werden²⁾. Bei diesen handelt es sich zum größten Teil um Selbständige und nur zu einem wesentlich kleineren Teil um Unselbständige.

Hinter der überdurchschnittlichen Steigerungsrate der globalen Einkommen aus Besitz und Unternehmung verbergen sich große Unterschiede in der Entwicklung der sehr heterogenen sozialen Gruppen³⁾. Diese bereits weiter oben erwähnte Tatsache kommt bei einer Aufgliederung in Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, freiberuflicher Tätigkeit, Besitz und in unverteilte Ge-

¹⁾ Es ist umstritten, inwieweit diese Gruppe soziologisch der Angestellten-schaft zuzurechnen ist.

²⁾ Zwecks größerer Klarheit würde es sich empfehlen, den gesamten öffentlichen Sektor in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesondert darzustellen.

³⁾ So hat z. B. die Abwanderung aus der Landwirtschaft ein überdurchschnittliches Ansteigen der Pro-Kopf-Einkommen aus selbständiger Tätigkeit zur Folge.

winne der Kapitalgesellschaften, wie sie in der Volkseinkommensstatistik vorgenommen wird, deutlich zum Ausdruck.

Der überproportionalen Zunahme der bereits erwähnten Einkommensgruppen *Besitz* (+705% oder 23'5% pro Jahr) und *unverteilte Gesellschaftsgewinne* (+248% oder 13'3% pro Jahr) stehen unterdurchschnittliche Wachstumsraten der Einkommen aus *Gewerbebetrieb* (+142%) und *landwirtschaftlicher Tätigkeit* (+71%) gegenüber. Die beachtliche Zunahme der Einkommen aus *freiberuflicher Tätigkeit* (+297%) erklärt sich zum Teil aus der steigenden Zahl der freiberuflich Tätigen.

Entwicklung der Gesamteinkommen 1950—1960

Einkommensart	Steigerung in Prozent	Prozentanteil am gesamten Einkommen aus Besitz und Vermögen	
		1950	1960
Land- und Forstwirtschaft	+ 71	30'4	19'7
Gewerbebetrieb	+142	49'8	45'6
Freie Berufe	+297	3'3	4'9
Besitz	+705	1'2	3'7
Unverteilte Gewinne der Kapital- gesellschaften	+248	18'0	23'9
Statistische Korrektur	—	—2'7	+2'2
Insgesamt	+164	100'0	100'0

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: „Österreichisches Volkseinkommen 1950—1960“, Seite 28.

In den unterdurchschnittlich gestiegenen Agrareinkommen sind allerdings die Nebeneinkommen der Landwirte aus Fremdenverkehr, Gastwirtschaft, Fleischhauerei, Fuhrdiensten, unselbständiger Tätigkeit usw. *nicht* enthalten. Die Bedeutung der Nebeneinkommen der Landwirte ist aus dem „Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1961“ ersichtlich. Diesem Bericht zufolge waren im Jahre 1960 51'1% der Betriebe im Besitz von natürlichen Personen *Vollerwerbsbetriebe*, die also keine Nebeneinkommen beziehen. Die Besitzer von 10'7% der Betriebe übten eine Zuerwerbstätigkeit untergeordneten Charakters und 36'6% eine Zuerwerbstätigkeit übergeordneten Charakters aus¹⁾.

¹⁾ Unter Vollerwerbsbetrieben sind jene Wirtschaftseinheiten zu verstehen, in denen sämtliche Familienmitglieder ausschließlich einer Betätigung im eigenen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb bzw. Haushalt nachgehen. Zuerwerbsbetriebe liegen dann vor, wenn ein oder mehrere Mitglieder der Besitzerfamilie einer nichtlandwirtschaftlichen selbständigen oder unselbständigen Betätigung nachgehen oder eine land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit außerhalb des eigenen Betriebes ausüben. Unter- bzw. übergeordnet ist die Zuerwerbstätigkeit dann, wenn weniger als 50% bzw. 50 und mehr % der Beschäftigten einem Zuerwerb obliegen.

Die Entwicklung der Realeinkommen

Bisher wurde nur die Verteilung der Geldeinkommen behandelt. Reduziert man die Geldeinkommen auf Realeinkommen (definiert als Kaufkraft der Geldeinkommen, ausgedrückt in jenen Konsumgütereinheiten, die tatsächlich in der betreffenden Periode mit den Geldeinkommen erworben wurden), so verläuft die Entwicklung etwas anders. In der Periode 1950—1960 sind die Preise für Investitionsgüter (+88%) stärker gestiegen als die für Konsumgüter (+57%). Da die Selbständigen ihr Einkommen zu einem namhaften Teil investieren, die Arbeitnehmer aber überwiegend konsumieren, unterscheiden sich die Realeinkommen beider Gruppen in ihrer Entwicklung weniger als die Geldeinkommen. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat in seiner Untersuchung angesichts der unzureichenden Unterlagen über die Einkommensverwendung darauf verzichtet, für jede Gruppe die Entwicklung der Realeinkommen zu berechnen. Eine überschlägige Globalrechnung ergab jedoch, daß die realen Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer (deflationiert mit Hilfe des Preisindex für den privaten Konsum) von 1950 bis 1960 annähernd gleich stark gestiegen sind wie das gesamte reale Volkseinkommen pro Erwerbstätigen (deflationiert mit einem gewogenen Preisindex für privaten Konsum, öffentlichen Konsum und Investitionen). Die Reduzierung auf reale Größen ist vor allem dann nützlich, wenn die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung untersucht werden. Steigen z. B. die Investitionsgüterpreise überproportional, dann läßt sich eine bestimmte reale Investitionsquote (und bei unveränderten Kapitalkoeffizienten auch eine bestimmte Wachstumsrate des realen Nationalprodukts) auf die Dauer nur dann aufrecht erhalten, wenn die Einkommensempfänger einen zunehmend größeren Teil ihrer Geldeinkommen sparen, oder sich die Verteilung der Geldeinkommen zugunsten von Schichten mit relativ hoher Sparneigung verschiebt.

Im Zusammenhang mit der Berechnung der Realeinkommen muß jedoch nochmals darauf hingewiesen werden, daß die Statistik des Volkseinkommens nur beschränkte Auskünfte über die personelle Einkommensverteilung und die ökonomische Position verschiedener sozialer Gruppen vermittelt, nicht nur weil bestimmte Gruppen Einkommen aus verschiedenen Quellen beziehen und die Leistungseinkommen durch Steuern und Transferzahlungen modifiziert werden, sondern auch weil der Einkommensbegriff der volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnung Kapitalgewinne und -verluste (gleichgültig ob sie realisiert wurden oder nicht) grundsätzlich ausschließt. Die überproportionale Verteuerung der Investitionsgüter macht jedoch nicht nur den Erwerb von Investitionsgütern aus dem laufenden Einkommen kostspieliger (was in der realen Berechnung der Leistungseinkommen berücksichtigt wurde), sondern erhöht gleichzeitig den Wert des gesamten Bestandes an Sachkapital (was in der Volkseinkommensstatistik *nicht* berücksichtigt wird). Eigentümer von Realvermögen können es zu günstigeren Bedingungen als früher in Konsumgüter umtauschen. Die größere Verfügungsmacht über Konsumgüter ist zwar für die Gesamtheit der Sachwertbesitzer eine Illusion (ein massives Angebot von Sachwerten würde ihre Preise sofort senken). Sie ist auch für die meisten Unternehmer belanglos, da ihr Ziel nicht darin besteht, ihre Betriebe zu möglichst günstigen Bedingungen zu verkaufen, sondern durch Fortführung des Betriebes Gewinne zu erzielen. Ein Teil der Vermögensbesitzer (z. B. Aktionäre, die aus Kursgewinnen einen Teil der Lebenshaltung bestreiten, oder Unternehmer, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden und ihren Betrieb gegen eine Leibrente verkaufen) realisiert jedoch den zunächst nur potentiellen Vermögenszuwachs oder berücksichtigt ihn zumindest in seinen Dispositionen. Um diese Sachverhalte in den Griff zu bekommen, bedürfte es nicht nur zusätzlicher statistischer Informationen, sondern auch der Entwicklung neuer statistischer Konzepte für die Vermögensrechnung. Mit den Kategorien der Volkseinkommensrechnung allein lassen sich die Wohlstandsunterschiede verschiedener sozialer Gruppen nicht erschöpfend darstellen.

Infolge der unzulänglichen statistischen Erfassung der Nicht-Lohn-Einkommen sind die Volkseinkommensstatistiker teilweise auf Schätzungen angewiesen, die die Verlässlichkeit beeinträchtigen und nur eine annäherungsweise und grobe Aufteilung des Volkseinkommens auf verschiedene Einkommensarten zulassen. Eine systematische und gründliche Durchleuchtung der Einkommensverteilung fehlt leider noch. Der Beirat unterstützt den Vorschlag des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, enthalten in Nr. I/1964 der *Monatsberichte*, zur Ausarbeitung praktischer Vorschläge für die Erstellung besserer Unterlagen eine eigene Arbeitsgruppe von Fachleuten zu bilden.

Entwicklung der Löhne

An gesamtösterreichischen Lohnstatistiken geben nur die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung errechneten „Indizes der Lohn- und Gehaltssummen und der Durchschnittsverdienste in der Industrie“ einen Einblick in die Verdienstverhältnisse von etwas über einem Viertel aller Beschäftigten.

Sowohl der „Index der Arbeiternettotarif für Wien“ als auch der „Index der Arbeiterverdienste in Wien“, beide berechnet vom Wirtschaftsforschungsinstitut, sind nur von lokaler Bedeutung, wobei der erste wegen seiner unrealistischen Gewichtungsbasis seit langem revisionsbedürftig ist. Über die Verdienstentwicklung in wesentlichen Bereichen der Wirtschaft (z. B. im Gewerbe und Dienstleistungssektor) ist weniger bekannt.

Von den erwähnten Indizes berücksichtigt überdies nur der Index der Verdienste in der Industrie sämtliche Lohnbestandteile (Zulagen, Urlaubszuschuß, Weihnachtsremuneration usw.) sowie die Gehälter der Angestellten.

Die Berechnung der Durchschnittseinkommen von Arbeitern und Angestellten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und deren Darstellung als Bruttoeinkommen pro Kopf kann nicht als Ersatz für eine Verdienststatistik gelten. In der jährlichen Veränderung dieser Größen spiegeln sich neben der reinen Lohnentwicklung auch andere Faktoren, wie Änderungen in der Berufs- und Qualifikationsstruktur, beruflicher Aufstieg usw. Dies gilt auch für den Index der Lohn- und Gehaltssummen.

Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen pro Kopf (Steigerung in Prozent)

	nominell			real ¹⁾		
	1953/62	1958/62	1961/62	1953/62	1958/62	1961/62
Bruttoeinkommen pro Arbeitnehmer						
Arbeiter	+93'1	+38'5	+9'0	+53'4	+24'3	+4'5
Angestellte und Beamte ..	+96'1	+27'7	+7'4	+55'8	+14'6	+3'0
Insgesamt	+94'2	+35'2	+8'8	+54'4	+21'3	+4'3

¹⁾ deflationiert mit Verbraucherpreisindex I.

Eine Betrachtung der Indizes über eine längere Periode (siehe Tabelle 4 im Anhang) zeigt, in welchem Maß die *Reallöhne* trotz ständiger Geldentwertung gestiegen sind. Es kann allerdings vor-

kommen, daß in Perioden eines besonders starken Preisauftriebes einzelne Arbeitnehmergruppen vorübergehend einen Reallohnverlust erleiden. Global gesehen haben sich jedoch die Reallöhne — längerfristig betrachtet — mit der Produktivitätssteigerung parallel entwickelt.

Allerdings geht dieser Anpassungsprozeß nicht gleichmäßig vor sich, sondern es ist eine deutliche konjunkturelle Phasenverschiebung zwischen Realverdienst- und Produktivitätssteigerung zu erkennen. Dies wird in beiliegender, vom Wirtschaftsforschungsinstitut ausgearbeiteter graphischer Darstellung der Produktivitäts- und Realverdienstentwicklung, beide nur bezogen auf den Bereich der Industrie, augenfällig (siehe Anhang).

In den konjunkturellen Aufschwungsperioden 1954/55 und 1959/60 lagen die Zuwachsraten der Realverdienste unter jenen der Produktivität. In den Phasen absinkender Konjunktur kehrte sich diese Entwicklung um, wobei in den Jahren 1956, 1958, 1961 und 1962 die Reallöhne stärker als die Produktivität stiegen.

Trotz Abweichungen und Verschiebungen von Jahr zu Jahr, die teilweise konjunktureller Natur sind, hat sich für die Zeit von 1950 bis 1960 die Pro-Kopf-Verteilung zwischen den großen Gruppen der Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit und aus selbständiger Tätigkeit nicht geändert. Innerhalb dieser Gruppen kommt es jedoch zu erheblichen Verschiebungen.

Transfereinkommen

Die Volkseinkommensrechnung weist die Struktur und Entwicklung der *Leistungseinkommen* aus, d. h. jener Einkommen, die den einzelnen Produktionsfaktoren als Entgelt für ihren Beitrag zur Erstellung des Sozialproduktes zufließen.

Neben dieser über den Markt stattfindenden *primären* Verteilung des Volkseinkommens findet eine *sekundäre* Einkommensverteilung statt. Der Sinn dieser, mittels Besteuerung und Ausbau der sozialen Leistungen und Subventionen vorgenommenen Umverteilung liegt in der Korrektur der vom Markt vorgenommenen Einkommensverteilung nach vorwiegend sozialen Gesichtspunkten. Eine bedeutende Rolle spielen dabei die sogenannten *Transferzahlungen* seitens der öffentlichen Hand. Bei diesen handelt es sich um einseitige Barleistungen der öffentlichen Hand an private Haushalte in der Form von Pensionen, Renten, Unterstützungen und Beihilfen. Diese Transfer-

Einkommen erhöhten sich im Jahrzehnt 1950—1960 um 275% oder 14,2% pro Jahr, also stärker als die anderen Einkommenskategorien mit Ausnahme der Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit und aus Besitz. Sie sind auch in den Jahren 1961 und 1962 überdurchschnittlich gestiegen (+28%).

In diesem Jahrzehnt trat jedoch ein merklicher Wandel in der sozialen Struktur der Transferzahlungen ein. Während zu Beginn der fünfziger Jahre die Empfänger von Transfereinkommen fast ausschließlich Unselbständige waren, nahmen seit 1955 infolge des Ausbaues der sozialen Leistungen (insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Pensionsversicherung) die Transferzahlungen an die Haushalte von Selbständigen rasch zu. Im Jahre 1955 betrug der Anteil der Selbständigen an den Transfereinkommen 8%; im Jahre 1960 rund 14% (im übrigen siehe Tabelle 5 im Anhang).

Zusammenfassung:

Die Steigerung des Anteils der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen (1950: 55,3%, 1960: 59,6%, 1962 — nach vorläufigen Berechnungen — 63,2%) bringt die enormen Veränderungen in der österreichischen Berufsstruktur deutlich zum Ausdruck. Die Gesamtzahl der selbständig Erwerbstätigen verringerte sich, während gleichzeitig die Zahl der Arbeiter und Angestellten stieg. Von der Verschiebung in der funktionellen Verteilung des Volkseinkommens kann jedoch nicht auf die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen aus selbständiger bzw. unselbständiger Arbeit geschlossen werden.

Die *nominelle* Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen war wie folgt:

1. Das Volkseinkommen pro Erwerbstätigen (allerdings ohne unverteilte Gewinne und ohne Besitzeinkommen) stieg um 177%.
2. Das Pro-Kopf-Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (einschließlich aller Besitzeinkommen inklusive $\frac{1}{6}$ der unverteilten Gewinne, welche Privatpersonen, wenn auch nicht ausschließlich Selbständigen, zugerechnet werden können) erhöhte sich um 199%. Bei Ausschaltung der unverteilten Gewinne betrug die Erhöhung 195%. Ohne Einkommen aus Besitz und ohne unverteilte Gewinne betrug die Zunahme 185%.
3. Das Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit erhöhte sich um 171%.

Bei der Gegenüberstellung solcher Durchschnittssätze darf natür-

lich nicht übersehen werden, daß es innerhalb der Selbständigen wie auch der Unselbständigen beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Einkommensentwicklung gibt. So wiesen etwa die Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit weitaus höhere Steigerungssätze auf als die Einkommen aus Gewerbebetrieb, und diese nahmen wieder mehr zu als die Einkommen in der Landwirtschaft. Ebenso bestehen natürlich innerhalb der Landwirtschaft und des Gewerbes wie auch innerhalb der verschiedenen Arbeitnehmergruppen merkliche Unterschiede in der Verbesserung der Einkommenslage. Diese Differenzierungen kommen in einem Durchschnitt nicht zum Ausdruck.

Die Lohn- und Gehaltseinkommen sind statistisch besser erfaßt als die übrigen Einkommen. Dies ist bei der Wertung der Steigerungsrate, z. B. von 165% für Einkommen aus Gewerbebetrieb, zu beachten¹⁾.

¹⁾ Eine niedrigere Steigerungsrate bedeutet keineswegs ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen, da es ja auf die Ausgangsbasis für die Berechnung der Steigerung ankommt.

* * *

Zum Abschluß dieser Darstellung der Preis- und Einkommensentwicklung sei ausdrücklich festgehalten, daß in der vorliegenden Studie — von einigen Hinweisen abgesehen — keine Erklärung der sehr komplexen Inflationsursachen und -zusammenhänge gegeben werden sollte. Eine Untersuchung von Preisen und Einkommen allein würde für diesen Zweck auch keineswegs ausreichen. Die Inflationsdynamik kann nicht aus einer zeitlichen Aufeinanderfolge von Preis- und Lohnerhöhungen erklärt werden, sondern nur aus dem gleichzeitigen Zusammenwirken einer Vielzahl von Faktoren, die das inflationäre Klima bedingen, das den Wachstumsprozeß unserer Wirtschaft begleitet, z. B. Arbeitskräfteknappheit, Monopolgrad, Konsumneigung, öffentliche Ausgabenpolitik nach Höhe, Art und zeitlicher Verteilung, Zahlungsbilanzüberschuß und Bankenliquidität, restriktive Handelspolitik.

TABELLE 1 PREISINDIZES DES BRUTTO-NATIONALPRODUKTES

Jahr	BNP**) insgesamt		Land- u. Forstwirtsch.		Industrie		Gewerbe		Baugewerbe		Handel		sonstige Dienst- leistungen	
	1953	1958	1953	1958	1953	1958	1953	1958	1953	1958	1953	1958	1953	1958
Ø 1953	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Ø 1954	103,5	112,4	99,6	101,9	106,4	106,2	105,2	105,2	106,2	106,2	106,2	105,2	105,2	105,2
Ø 1955	107,6	117,9	102,2	104,6	111,1	109,9	112,9	112,9	109,9	109,9	109,9	112,9	112,9	112,9
Ø 1956	112,2	124,5	102,2	110,3	123,4	113,0	122,4	122,4	113,0	113,0	113,0	122,4	122,4	122,4
Ø 1957	117,5	126,2	105,8	114,6	131,1	118,5	131,0	131,0	118,5	118,5	118,5	131,0	131,0	131,0
Ø 1958	118,0	112,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Ø 1959	121,2	121,7	106,3	120,3	142,9	124,1	140,8	140,8	124,1	124,1	124,1	140,8	140,8	140,8
Ø 1960	125,4	106,2	112,5	124,5	153,2	125,3	146,0	146,0	125,3	125,3	125,3	146,0	146,0	146,0
Ø 1961	130,0	110,2	128,8	126,8	160,2	130,3	154,4	154,4	118,1	118,1	130,3	154,4	154,4	154,4
Ø 1962	134,7	114,1	113,7	131,6	168,8	136,9	167,7	167,7	124,5	124,5	136,9	167,7	167,7	167,7

** Indexberechnung = $\frac{\text{BNP nominell}}{\text{BNP zu Preisen 1954}}$

TABELLE 2 PREISENTWICKLUNG IN DER INDUSTRIE

Zweig	Preise 1956 = 100 ¹⁾ 2)		
	1960	1961	1962
Bergbau	—	—	—
Magnesitindustrie	—	—	—
Erdölindustrie	134'4	136'7	134'2
Eisenerzeugende Industrie	—	—	—
Metallindustrie	87'5	86'8	86'0
Stein- u. keramische Industrie	103'3	106'0	106'9
Glasindustrie	120'2	132'6	134'7
Chemische Industrie	101'8	100'8	97'6
Papierindustrie	96'0	97'4	96'4
Papierverarbeitende Industrie	103'1	106'1	108'1
Holzverarbeitende Industrie	109'3	105'6	113'8
Nahrungsmittelindustrie	104'1	105'2	107'0
Ledererzeugende Industrie	113'8	116'5	117'2
Lederverarbeitende Industrie	103'4	102'9	105'3
Textilindustrie	95'8	100'9	97'6
Bekleidungsindustrie	107'3	111'6	115'3
Gießereiindustrie	107'8	112'7	118'7
Maschinenindustrie	117'4	126'7	132'1
Fahrzeugindustrie	110'4	114'8	111'7
Eisen- u. Metallindustrie	113'5	116'7	121'6
Elektroindustrie	94'7	96'6	99'9
Insgesamt	104'1	106'7	107'5

¹⁾ Bruttoproduktionswerte aller Waren, die im neuen Produktionsindex enthalten sind. Bergbau, Magnesitindustrie, eisenerzeugende Industrie und Elektrizitätswirtschaft konnten nicht einbezogen werden, weil in diesen Sparten seit Jahren keine Bruttoproduktionswerte für einzelne Waren, sondern für Betriebe (Branchen) erfaßt werden.

²⁾ Bruttoproduktionswerte der im Index enthaltenen Waren (1961) durch BPW 1961 zu Preisen von 1956 (Menge 1961 mal Durchschnittspreise 1956).

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

TABELLE 3 VERBRAUCHERPREISINDEX I ÖSTERREICH
1958 = 100

	Verbrauchsgruppen	1961	1962	1963	1961/62 Zunahme in %	1962/63 Zunahme in %	1958/63 Zunahme in %
1	Ernährung	104'3	110'9	114'6	6'3	3'3	14'6
2	Alkohol, Getränke und Tabakwaren	108'0	108'9	112'3	0'8	3'1	12'3
3	Wohnung	114'7	119'8	124'1	4'4	3'6	24'1
4	Beleuchtung und Beheizung	103'6	105'2	106'8	1'5	1'5	6'8
5	Hausrat	109'4	112'8	114'4	3'1	1'4	14'4
6	Bekleidung	106'3	108'5	110'3	2'1	1'7	10'3
7	Reinigung von Wohnung, Wäsche, Kleidung	110'6	116'7	119'3	5'5	2'2	19'3
8	Körper- u. Gesundheitspflege	108'0	111'5	111'8	3'2	0'3	11'8
9	Bildung, Unterricht, Erholung	107'5	112'4	117'4	4'6	4'4	17'4
10	Verkehr	118'3	121'1	121'3	2'4	0'2	21'3
	Gesamtindizes	106'7	111'4	114'4	4'4	2'7	14'4

TABELLE 4 ENTWICKLUNG DER LÖHNE 1953—1962
(Änderung in Prozent)

	1953/62	1958/62	1961/62	1962/63
nominell				
Arbeiter-Nettotariflöhne				
Insgesamt	+51'9	+25'0	+5'0	+5'7
Facharbeiter	+56'9	+25'8	+5'1	+5'4
Hilfsarbeiter	+48'1	+23'5	+4'2	+5'7
Arbeiterinnen	+46'7	+25'2	+5'6	+6'1
Bruttomonatsverdienste in der Industrie				
Arbeiter	+75'9	+32'9	+6'5	+6'0
Angestellte	+82'8	+25'9	+5'0	+4'1
Bruttowochenverdienste in der Wiener Industrie ..				
	+62'6	+28'3	+7'0	+6'9

	1953/62	1958/62	1961/62	1962/63
real				
Arbeiter-Nettotariflöhne				
Insgesamt	+20'7	+12'2	+0'6	+2'9
Facharbeiter	+24'6	+12'9	+0'6	+2'6
Hilfsarbeiter	+17'4	+10'9	—0'2	+2'9
Arbeiterinnen	+16'5	+12'4	+1'1	+3'3
Bruttomonatsverdienste in der Industrie				
Arbeiter	+39'7	+19'3	+2'0	+3'2
Angestellte	+45'2	+13'0	+0'6	+1'4
Bruttowochenverdienste in der Wiener Industrie ..				
	+28'9	+15'2	+2'5	+4'1

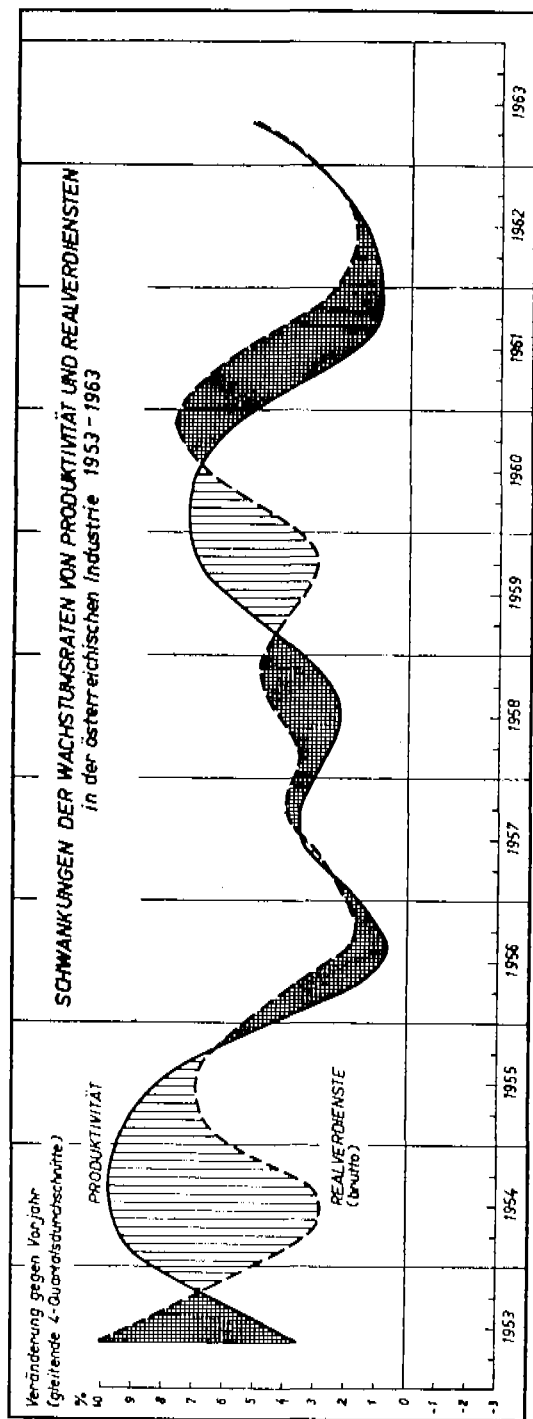
Quelle: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.

TABELLE 5 ZEITLICHE ENTWICKLUNG DER TRANSFEREINKOMMEN
1950 = 100

Jahr	Pen- sionen	Sozial- ver- siche- rung	Kriegs- opfer- für- sorge	Offene Für- sorge	Ar- beits- losen- ver- siche- rung	Transfereinkommen insgesamt	
						nominell	real ¹⁾
1950	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0
1951	149'8	142'8	128'0	129'5	123'8	137'5	107'6
1952	188'7	182'5	149'6	144'5	214'3	176'7	118'2
1953	201'6	191'3	146'5	191'1	262'6	189'9	134'3
1954	220'2	220'3	148'7	179'5	230'8	204'5	139'5
1955	246'6	257'4	149'1	158'2	164'3	228'0	154'3
1956	295'6	288'1	151'9	180'0	170'8	264'9	173'3
1957	342'3	341'3	173'3	213'7	166'8	307'1	196'5
1958	340'0	378'7	198'1	227'4	198'4	329'4	206'0
1959	347'3	433'2	189'2	227'4	186'9	352'1	217'7
1960	360'0	480'6	191'5	242'5	149'5	375'0	227'3
1961	372'7	589'7	213'3	274'0	135'3	445'2	261'6
1962	397'1	707'3	213'4	274'0	159'1	481'9	270'0
DURCHSCHNITTLICHE STEIGERUNG IN PROZENT							
1950/55	19'7	20'8	8'3	9'6	10'4	17'9	9'1
1955/60	7'9	13'3	5'1	8'9	-1'9	10'5	8'1
1950/60	13'7	17'0	6'7	9'3	4'1	14'1	8'6
1950/62	12'2	17'7	6'5	8'8	4'0	14'0	8'6

¹⁾ deflationiert mit Verbraucherpreisindex II

Produktivität und Realverdienste in der Industrie



Herausgeber, Eigentümer, Verleger und Druck: Carl Ueberreuter Druck und Verlag, Wien IX,
Alser Straße 24, im Auftrage des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Für den Inhalt
verantwortlich: Dr. Norbert Bischof und Dr. Philipp Rieger beide Wien IX, Alser Straße 24

